

Leerer Stuhl in New York

In der UNO beginnt die 2. Verhandlungsrunde zum Atomwaffenverbot – ohne Deutschland

Mit einem Ächtungsvertrag wollen Friedensorganisationen und atomwaffenfreie Staaten die nukleare Abrüstung forcieren. Deutschland und die NATO-Staaten boykottieren die Verhandlungen.

Von Hubert Thielicke

Heller Lichtschein fiel in der Nacht zum 13. Juni auf das Gebäude des Auswärtigen Amtes in Berlin. Mit einer Lichtprojektion machte die internationale Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen (ICAN) auf eine politische Leerstelle aufmerksam: »Die UN verhandeln ein Atomwaffenverbot. Deutschland aber fehlt!« Symbolträchtig daneben ein leerer Stuhl. Am heutigen Donnerstag beginnt am UN-Sitz in New York die zweite und möglicherweise letzte Verhandlungsrunde über ein internationales Verbot der Massenvernichtungswaffen.

Seit dem Abschluss des neuen START-Abkommens von 2010 über die Reduzierung der strategischen Nuklearwaffen der USA und Russlands schien es still geworden zu sein um weitere nukleare Abrüstung. Doch nichtstaatliche Organisationen wie ICAN und Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges (IPPNW) haben ihre Aktivitäten für die vollständige Abschaffung der Nuklearwaffen intensiviert. Gemeinsam mit atomwaffenfreien Staaten organisierten sie 2013 und 2014 Konferenzen in Norwegen, Mexiko und Österreich, die auf die verheerenden Folgen des Einsatzes von Kernwaffen aufmerksam machten.

Mit großer Mehrheit beschloss schließlich die UN-Vollversammlung im vergangenen Jahr eine Konferenz zur Verhandlung eines Verbotungsvertrages. Doch es gab auch massiven Widerstand. Vor allem die Kernwaffenstaaten und ihre Verbündeten, darunter Deutschland, stimmten dagegen. Allerdings sieht sich die Bundesregierung in der Klemme. Sie beteuert zwar das Ziel einer kernwaffenfreien Welt, sträubt sich aber, an den New Yorker Verhandlungen teilzunehmen. Zur Begründung wird eine lange Liste von »Argumenten« angeführt: Ohne die Atomwaffenstaaten seien Verhandlungen nicht möglich, es könne langfristig nur um ein schrittweises Verbotverfahren gehen, nötig seien umfassende Kontrollen, der Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen (NPT) werde gefährdet.

Schon ein Blick auf dieses Abkommen zeigt die Fadenscheinigkeit der Argumentation. Der NPT sieht in Artikel VI Verhandlungen zur nuklearen Abrüstung vor; zudem wäre natürlich ein umfassendes Verbot die beste Garantie für die Nichtverbrei-



Lichtinstallation am Auswärtigen Amt

Foto: ICAN Deutschland

ung. Auch deshalb muss letztlich noch das »gegenwärtige sicherheitspolitische Umfeld« erhalten – die »russische Gefahr« mache Verhandlungen unmöglich. Nur ab und an lässt man die Katze aus dem Sack und gibt zu verstehen: Es sind die USA und das NATO-Bündnis, die eine Teilnahme verhindern. Bekannt wurde, dass die Obama-Administration im Oktober 2016 in einem internen Schreiben die Verbündeten davor warnte, der UN-Resolution zuzustimmen und

an künftigen Verhandlungen teilzunehmen. Das Projekt würde die Nuklearpolitik des Nordatlantik-Paktes gefährden.

Das hielt aber 120 UN-Mitgliedstaaten nicht von der ersten Verhandlungsrunde im März ab, in deren Ergebnis die Konferenzpräsidentin den Entwurf einer »Konvention über das Verbot von Kernwaffen« vorlegte. Er sieht unter anderem vor, solche Waffen nicht zu entwickeln, herzustellen, anderweitig zu erlangen, zu be-

sitzen, zu lagern und weiterzugeben. Die Teilnehmer dürfen sie auch nicht auf ihrem Territorium stationieren lassen.

Damit wurde ein Mittelweg gewählt zwischen einem allgemein-deklaratorischen Verbot und einem Vertrag, der auch detaillierte Maßnahmen zur Vernichtung vorsieht. Faktisch wird impliziert, dass sich Nichtkernwaffenstaaten dem Abkommen anschließen, Besitzerstaaten die Waffen also vorab vernichten. Eine weitere Möglichkeit könnten Zusatzprotokolle über die Eliminierung der Waffen sein.

Vor allem hierzu wird es in New York weitere Diskussionen geben. Insgesamt berücksichtigt das Projekt stark die bisher mit kernwaffenfreien Zonen gemachten Erfahrungen. So wurde der Vertrag über eine solche Zone in Afrika 1996 möglich, also nach der Vernichtung der Atomwaffen Südafrikas. Zehn Jahre später kam es zum Vertrag über eine entsprechende Zone in Zentralasien, nachdem die ursprünglich sowjetischen Kernwaffen vom Territorium Kasachstans entfernt worden waren; mit Blick auf den Fliegerhorst Büchel, wo nach wie vor US-amerikanische Atombomben lagern sollen, eine für Deutschland sehr interessante Erfahrung.

Insgesamt wäre ein derartiger Ächtungsvertrag ein wesentlicher Schritt zur endgültigen Abschaffung der Nuklearwaffen. Er würde den politischen Druck auf die Besitzerstaaten erhöhen. Für Deutschland stellt sich nach wie vor die Frage: der Verantwortung als Friedensmacht nachkommen oder weiter an der nuklearen Teilhabe im Rahmen der NATO festhalten?

Bürgerunmut

Die große Mehrheit der Deutschen kritisiert die Atomwaffenpolitik der Bundesregierung. Drei von vier Bürgern möchten einer repräsentativen Meinungsumfrage zufolge, dass sich die Bundesrepublik an den internationalen Verhandlungen über ein Verbot der Massenvernichtungswaffen beteiligt. Die Umfrage wurde von der Internationalen Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen (ICAN) bei YouGov Deutschland in Auftrag gegeben. Befragt wurden 2072 Personen, die Ergebnisse wurden gewichtet und sind repräsentativ für die deutsche Bevölkerung über 18 Jahren. Danach fordern 75 Prozent die Teilnahme an den Verhandlungen, nur zwölf Prozent sind dagegen; der Rest machte keine Angaben. *ICAN/nd*

Arsenale des Todes

Kernwaffen werden weltweit modernisiert

Von Olaf Standke

Am 16. Juli 1945 explodiert die erste Atombombe in der Wüste von New Mexico, drei Wochen später setzten die USA erstmals die schrecklichsten aller Massenvernichtungswaffen ein und zerstörten Hiroshima und Nagasaki. Noch heute sterben Menschen an den Folgen des radioaktiven Fallout. Kernwaffen wurden in den Zeiten des Kalten Krieges zur abschreckenden Währung der Macht – und blieben es auch nach Ende des Ost-West-Konflikts. Die Zahl der Atomwaffenmächte stieg sogar; die der nuklearen Sprengköpfe ist zwar geschrumpft, liegt aber weiter im irrationalen Overkill-Bereich.

Weltweit wurden 2016 nach Angaben des Stockholmer Friedensforschungsinstituts SIPRI über 15 000 nukleare Sprengköpfe erfasst. Mehr als 90 Prozent gehören Russland (7290) und den

»Wenn wir Atomwaffen haben, warum setzen wir sie nicht ein?«

US-Präsident Donald Trump

USA (7000). Zu den fünf »offiziellen«, durch den Atomwaffen-sperrvertrag (NPT) anerkannten Kernwaffenmächten zählen zudem Frankreich (300), Großbritannien (215) und China (260). Aufgestiegen in diesen exklusiven Klub sind Indien (120), Pakistan (130) und Nordkorea (geschätzt zehn). Im Falle Israels, das den Besitz von Atomwaffen nie deklariert zugegeben hat, gehen die Experten von 80 nuklearen Sprengköpfen aus. Über 4000 Atomwaffen sind umgehend einsatzfähig, etwa 1800 sollen sich in höchster Alarmbereitschaft (Launch-On-Warning) befinden, um gegnerische Ziele in wenigen Minuten zu erreichen. Im Fall der Fälle auch präventiv, wie beispielsweise die Londoner Regierung unlängst bekräftigt hat. Großbritannien will seine Atomflotte um vier zusätzliche, mit Trident-Raketen ausgerüstete U-Boote erweitern. Kostenpunkt: 31 Milliarden Pfund Sterling (etwa 35 Mrd. Euro).

Im Rahmen der sogenannten nuklearen Teilhabe der NATO lagern 180 US-amerikanische Atomwaffen auch in Belgien, den Niederlanden, Italien, der Türkei und in Deutschland, wo noch immer 20 B61-Bomben auf dem Fliegerhorst Büchel vermutet werden. Die Bundeswehr stellt Flugzeuge und Piloten für einen möglichen Einsatz.

Geschätzt geben die Atomwaffenstaaten stündlich etwa zwölf Millionen Dollar für ihre Arsenale aus, weltweit sind das im Jahr über 100 Milliarden Dollar. Schon mit der Hälfte könnte man Armut, Hunger und Krankheiten in den Entwicklungsländern nachhaltig bekämpfen. Doch während die atomare Abrüstung längst ins Stocken geraten ist, werden gewaltige Summe für die Modernisierung der Atomstreitkräfte ausgegeben. Die Waffenausrüstung der russischen »Atom-Triade« habe sich verdoppelt, erklärte unlängst Moskaus Verteidigungsminister Sergej Schoigu, gerade werde die Kriegsmarine planmäßig mit neuen U-Booten der Borej-Klasse ausgerüstet. Rund eine Billion Dollar könnte das in der Obama-Ära aufgelegte US-amerikanische Programm über 30 Jahre verschlingen. Auch Nachfolger Donald Trump will die Arsenale ausbauen: »Solange Staaten Atomwaffen haben, werden wir im Rudel ganz oben stehen.« Das mit der Regierung in Moskau geschlossene neue Abrüstungsabkommen für strategische Waffen »New Start« sei für die USA nur »ein weiteres schlechtes Geschäft« gewesen.

Anstand wird Gesetz

Paris will Politiker Mores und Moral lehren

Mit einem Reformpaket für mehr Anstand in der Politik will die französische Regierung künftig politische Affären verhindern.

Paris. Das Kabinett in Paris brachte am Mittwoch unter anderem ein Gesetz auf den Weg, das Abgeordneten eine Beschäftigung naher Verwandter als Assistenten verbietet. Geplant sind außerdem strengere Regeln zur Beraterstätigkeit von Parlamentariern und zur Vermeidung von Interessenkonflikten.

Mit dem Gesetzspaket, dessen Grundzüge Anfang Juni vorgestellt wurden, reagiert die neue Regierung auch auf die Scheinbeschäftigungsaffäre um den gescheiterten konservativen Präsidentschaftskandidaten François Fillon. Der Ex-Premierminister soll seine Ehefrau jahrelang als parlamentarische Mitarbeiterin bezahlt haben, obwohl sie gar nicht für ihn arbeitete. Skandale wie dieser haben das Vertrauen der Franzosen in die Politik schwer erschüttert.

Allerdings ist jetzt ausgerechnet der für das Reformpaket zuständige Justizminister François Bayrou ebenfalls in den Strudel einer Scheinbe-

schäftigungsaffäre geraten. Bei seiner Zentrumsparterie MoDem sollen Mitarbeiter von EU-Parlamentariern laut Medienberichten in Wirklichkeit Parteaufgaben übernommen haben.

Die investigative Satirezeitung »Le Canard Enchaîné« berichtete am Mittwoch, dies sei auch bei Bayrous Privatsekretärin der Fall gewesen, die als EU-Parlamentsassistentin bezahlt wurde. Die französische Justiz leitete bereits Vorermittlungen ein.

Bayrou wies die Vorwürfe am Mittwoch zurück: Es habe bei MoDem »niemals« Scheinbeschäftigungsstellen gegeben, sagte der Justizminister. Die Mitarbeiter hätten Teilzeitverträge gehabt und entsprechend teilweise für die EU-Abgeordneten und teilweise für die Partei gearbeitet. Es sei alles »legal« abgelaufen.

Die Vorwürfe schwächen aber die Position des Politikveteranen, der vor der Wahl ein Bündnis mit dem späteren Sieger Emmanuel Macron eingegangen war. Für Wirbel sorgte zuletzt ein Anruf, mit dem sich Bayrou beim öffentlich-rechtlichen Radio France über Recherchen zur Scheinbeschäftigungsaffäre beschwerte. *AFP/nd* *Kommentar Seite 4*

Gewalt und Leiden

UNO-Generalsekretär beklagt Lage in Afghanistan

Die UN stünden in dieser Zeit der Gewalt und des Leidens an der Seite Afghanistans, sagte Generalsekretär Guterres in Kabul.

Kabul. UNO-Generalsekretär Antonio Guterres ist in Kabul eingetroffen. Die afghanische Hauptstadt hatte Anfang Juni die blutigste Woche seit dem Bürgerkrieg in den 90er Jahren erlebt. Bei zwei großen Anschlägen sowie Demonstrationen für mehr Sicherheit im Land waren rund 180 Menschen getötet und mehr als 600 verletzt worden. Landesweit verschärft sich der Krieg mit den radikalislamischen Taliban.

Zum Auftakt seines Besuchs traf Guterres sich mit Kriegsvertriebenen, die aus ihren Heimatorten geflohen waren. Sie seien unter den »Verletztlichsten in diesem schrecklichen Konflikt«, sagte Guterres. »Wir können diese Menschen nicht so leiden lassen.« Die Welt müsse das Ausmaß der Hilfe ausbauen.

Die dreifache Migrationskrise der Afghanen ist ein Thema, das Guterres als EX-Chef des Flüchtlingshilfswerks UNHCR nahesteht. Zum einen sind wegen der sich verschär-

fenden Gewalt seit Anfang 2016 mehr als 785 000 Afghanen zu Binnenflüchtlingen geworden. Außerdem kehren seit 2016 Hunderttausende afghanische Flüchtlinge zwangsweise aus Pakistan zurück. Nur wenige bekommen Hilfe.

Geschätzte 250 000 Afghanen hatten außerdem allein 2016 das Land in Richtung Europa verlassen. Viele europäische Staaten schicken weiter abgelehnte Asylbewerber zurück. Deutschland hat die Abschiebungen nach der blutigen Woche Anfang Juni ausgesetzt.

Unterdessen ist ein aus Schweden abgeschobener Flüchtling ist nach seiner Rückkehr nach Afghanistan Aktivisten zufolge bei einem Bombenanschlag getötet worden. Der Jugendliche habe zu einer Gruppe von 20 Asylbewerbern gehört, die am 30. Mai aus Schweden abgeschoben worden sei, teilte die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch am Mittwoch mit. Am 3. Juni sei er bei einem Bombenanschlag in Kabul getötet worden. HRW forderte europäische Länder auf, dem deutschen Vorgehen zu folgen. *Agenturen/nd*